

ste Pius XI. und Pius XII. gefragt wird. Auch was die Verantwortung der eigenen Vorgänger im Bischofsamt angeht, waren die deutschen Bischöfe kritischer als nun Rom.

Diese Einwände mindern nicht die Zustimmung zur Entschiedenheit, mit der sich die katholische Kirche hier gegen antisemitisches und antijüdisches Gedankengut stellt, die von Nazideutschland begangenen Verbrechen brandmarkt und die Verantwortung der christlichen Seite herausstellt.

Der Versuch, die Kirche als solche aus dem Schuldeingeständnis herauszuhalten, hat im übrigen möglicherweise weniger mit der Schoa und den Beziehungen zum Judentum zu tun, als mit einer Ekklesiologie, für die offenbar das Bekenntnis zur Heiligkeit der Kirche immer noch im Widerspruch zur Möglichkeit steht, als Kirche schuldig zu werden.

Das vorliegende Schoa-Dokument ist ein bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung, aber eben nur einer, obendrein ein unzureichender auf dem Weg zu einer künftigen, die kirchliche Verantwortung deutlicher fassenden Haltung. Inwieweit etwa im Zusammenhang mit dem Jahr 2000 vom Papst selbst noch einmal eine (dann u.U. weitergehende) Äußerung zu diesem Thema kommen wird, bleibt abzuwarten.

nt

Grenzen

Sozialwort nicht mit übertriebenen Erwartungen belasten!

Die Einjahresbilanz über die bisherige Wirkung und Rezeption des Ende Februar 1997 veröffentlichten Wirtschafts- und Sozialwortes der Kirchen gibt kaum Anlaß zu stürmischer Begeisterung. Allzusehr enttäuscht sollte jedoch auch keiner sein. Verständlich ist es durchaus, wenn sich weder die

Kirchenleitungen noch die vor allem im Konsultationsprozeß engagierten Gruppen, Organisationen und Verbände mit dem „Strohfeuer“ zufrieden geben wollen, das sich unmittelbar nach der Veröffentlichung des Wortes entzündet hatte: Das Sozialwort beherrschte die Schlagzeilen und in fast allen gesellschaftlichen und politischen Kreisen beeilte man sich, zumindest bei einigen Aussagen entschieden und öffentlichkeitswirksam den Kirchen beizupflichten.

Diese Phase breiter und demonstrativer Zustimmung, in der auch Bischof *Karl Lehmann* seine mittlerweile unzählige Male wiederholte Befürchtung äußerte, die Erklärung könne totgelobt werden, habe letztlich aber nicht zu einer intensiven und gründlichen Diskussion geführt. Das beklagten jetzt die Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD bei ihrer offiziellen „Zwischenbilanz“ anläßlich des Jahrestages der Veröffentlichung. Der erhoffte und angezielte breite Grundkonsens über tragende Werte und Zukunftsperspektiven unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist bislang nicht sichtbar, kein Konsens darüber, wie der vielbeschworene Reformstau aufzulösen wäre.

Auch eine spontane Umfrage der Katholischen Nachrichtenagentur bei einigen wichtigen Protagonisten des dem Wort vorausgegangenen Konsultationsprozesses, vor allem bei Vertretern der besonders engagierten katholischen Verbände, spiegelte *Enttäuschung* wider: Politisch habe das Wort bislang nichts bewirkt. Längst sei die Politik in die alten Gräben zurückgekehrt. Die meisten Kommentare in Funk und Presse zum Jahrestag gingen in die gleiche Richtung.

Hinter manchem Bedauern stecken allerdings unrealistische Erwartungen. Das Sozialwort sollte ebensowenig totgelobt wie überfordert werden. Daß die Kirchen sich in dieser Form in die aktuelle Debatte einmischten, war wichtig. Noch nie Gehörtes, gar Königswege aus der gegenwärtigen Krise des Landes konnten und wollten sie

nicht bieten. In den Kirchen hatte man zu Recht gefeiert, man habe sich mit diesem Wort und dem vorausgegangenen Konsultationsprozeß entschieden als Dialogpartner in die gesellschaftliche und politische Debatte eingebracht. Ihre Stimme wurde durchaus gehört, Zauberkraft hat sie nicht.

Kritiker, die sich, nachdem der erste Rauch verzogen war, des Papiers annehmen, wollten die Kirchen schon nicht mehr aus der Mitverantwortung für eine enttäuschende Rezeption entlassen: Die zahlreichen Sowohl-Als-auch-Aussagen hätten wohlfeile Zustimmung und Steinbruchlektüre geradezu provoziert. Und unbestritten ist das Sozialwort, nicht zuletzt weil es auch die polarisierte Diskussion im Konsultationsprozeß aufnehmen wollte und sollte, ein Kompromißpapier. „Prophetie“ aber, an der sich die Geister hätten scheiden müssen, war nicht nur nicht intendiert und zu erwarten gewesen. Sie hätte auch nicht mehr politische Wirkung entfaltet.

Verständlich ist auch die Enttäuschung der Kirchen, selbst die gründlicheren Leser hätten sich auf die analytischen Teile und die konkreten politischen Forderungen des Wortes bezogen. Kaum wahrgenommen habe man dagegen den eigentlichen Kern, die ethische und biblisch-theologische Grundlegung. Einer breiteren Öffentlichkeit aber wird dieser Teil, nicht nur der anspruchsvollen und unvertrauten Diktion wegen, schlicht fremd geblieben sein.

Gleichwohl ist für die bisherige Rezeption auch ein *Dilemma* verantwortlich, das die Kirchen schlicht nicht lösen konnten: Hätten sie sich auf Theologisch-Ethisches, auf allgemeine Postulate und Mahnungen beschränkt, wäre ihnen der Vorwurf des abstrakten, gar feigen Kanzelpathos kaum erspart geblieben. Die Entscheidung aber zu konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Äußerungen hat sie nicht nur dem Vorwurf der Kompetenzüberschreitung ausgesetzt. Erwartungsgemäß standen diese, meist wohlbekannten politischen Thesen auch im Zentrum der öffentlichen, wie inner-

kirchlichen Aufmerksamkeit. Daß der Text der Erklärung zum Schluß genau doppelt so lang war als ursprünglich – mit gutem Grund – geplant, hat die Chancen für eine sorgfältigere Lektüre nicht gerade erhöht.

Dennoch hat, unter etwas bescheidenerer Perspektive betrachtet, das Wort seinen unverzichtbaren Wert. Es hat auch durchaus schon seine Wirkung getan, wenn auch eine Bilanz zum jetzigen Zeitpunkt zu früh ist. Die Fachwelt der Sozialethiker und Ökonomen beispielsweise hat sich erst in den letzten Monaten intensiver der Erklärung angenommen.

So selbstverständlich und banal dies klingen mag: Mit dem Wirtschafts- und Sozialwort liegt eine Zusammenstellung zentraler, an die allgemeine Diskussion anschließbarer und aktualitätsbezogener Aussagen christlicher Sozialverkündigung vor. Und bei aller Kritik im einzelnen haben Experten erstaunlich einmütig das Wort als „wichtigen Schritt zu einer ökumenischen Sozialethik“ begrüßt.

So hat es bislang nicht nur einer ganzen Reihe von Gesprächen zwischen Kirchen, Parteien und Gewerkschaften als Impuls und Grundlage gedient. Einige davon wären ohne den Prozeß und das Wort nicht zustande gekommen. Kirchliche Arbeitsloseninitiativen, kirchliche Wohlfahrtsverbände, Hilfswerke, landkirchliche Sozialämter, und Betriebsseelsorger haben mit dem Wort für ihre Arbeit nicht nur ein Fundament, reflektiert auf der Höhe der Zeit. In ihrem Engagement erhalten diese Gruppen vor allem eine wichtige Rückenstärkung; auch und nicht zuletzt gegenüber innerkirchlichen Angriffen etwa bei ihrer Forderung nach einer Armut-Reichtums-Debatte.

Dennoch, die eigentliche Wirkung ging vom Konsultationsprozeß aus, diesem breiten und offenen Diskussionsprozeß, der das Anliegen der Kirchen weit über innerkirchliche Kreise und Sympathisanten hinaus getragen hat. Und gerade dieser Erfolg stellt die Frage, ob die Zeit langer Erklärungen, Denkschriften und Hirtenworte nicht einfach vorbei ist.

fo

Ungeduldig

Erzbischof Dyba hat sich in der Bischofskonferenz isoliert

Es kam, wie es kommen mußte. Die Verabschiedung der Antwort der deutschen Bischöfe auf den Papstbrief aus Rom zur Schwangerenkonfliktberatung mag noch so einstimmig erfolgt sein – die deutschen Bischöfe sprechen in dieser Angelegenheit nicht mit einer Stimme. In Würzburg noch ließ sich Erzbischof Johannes Dyba von Weihbischof *Kapp* vertreten – in Bad Honnef bei der Frühjahrsvollversammlung konnte er seinen Mitbrüdern im Bischofsamt nicht mehr aus dem Wege gehen.

„Wenn man nicht mehr weiter weiß, beruft man einen Arbeitskreis“, spottete Dyba Ende Februar in einem Interview der *Düsseldorfer Tageszeitung* „*Rheinische Post*“ (27.2.98). Er zielte damit auf die Würzburger Entscheidung der Bischöfe, einen Arbeitskreis mit der Aufgabe zu betrauen, Überlegungen darüber anzustellen, wie die Kirche in Deutschland der Aufforderung des Papstes nachkommen kann, zwar auf wirksame Weise in der Schwangerschaftskonfliktberatung zu verbleiben, aber auf die Ausstellung des Beratungsscheins in der bisherigen Form zu verzichten. „Hinhalte-Taktik“ nannte Dyba an gleicher Stelle das Vorgehen der Bischofskonferenz, nicht umgehend auszusteigen aus der staatlichen Beratung, wie er dies in seiner Diözese schon vor Jahren getan hat.

Daß die deutschen Bischöfe von einem Amtsbruder auf diese Weise in der Öffentlichkeit vorgeführt wurden, ließen sie nicht auf sich sitzen und signalisierten ihm in Bad Honnef ungewöhnlich deutlich, was sie von einem solchen „unsolidarischen Verhalten“ halten. Inwieweit diese heftige Reaktion seiner Mitbrüder bei Dyba Spuren hinterlassen hat, wird man abwarten müssen.

Die von der „*Fuldaer Zeitung*“ (7.3.98) nach Abschluß der Vollversammlung wiedergegebenen Äußerungen Dybas dämpften allerdings bereits Erwartungen in dieser Hinsicht.

So verständlich die Reaktion aus den Reihen der Bischöfe auf die Dyba-Invektiven auch sind – Dybas Mißfallen an der von Bischof *Karl Lehmann* zustandegebrachten Vorgehensweise der Konferenz in der Beratungsfrage folgt durchaus einer bestimmten Logik. Seit Jahren setzt sich der Fuldaer Oberhirte allorts dafür ein, daß seine deutschen Mitbrüder es ihm gleichtun in Sachen Schwangerschaftskonfliktberatung und aus dem staatlichen System aussteigen. Gleichzeitig ist er einer derjenigen, die Rom auf eine harte Linie in dieser Frage festlegen möchten.

Und dann kommt ein Brief Johannes Pauls II., der den deutschen Bischöfen gerade nicht sagt, sie sollten sich an ihrem Fuldaer Mitbruder ein Beispiel nehmen. Der Papstbrief belegt im Gegenteil, daß die Argumente für einen Verbleib im staatlichen System im Vatikan nicht ungehört geblieben sind.

Erzbischof Dyba verkündet überall, daß er den Weg kenne und gegangen sei, den die anderen Diözesen ihm lediglich nachzugehen bräuchten. Er wird ungeduldig, weil dies nicht geschieht, und will offenbar nicht wahrhaben, daß der Papst in seinem Brief die Bischöfe in Deutschland nicht auffordert, die Fuldaer Linie einzuschlagen. Aus Rom werden die Bischöfe vielmehr aufgefordert, Wege zu finden, die die Trennung von Beratung und Abtreibung unzweideutiger markieren. Zugleich weiß natürlich auch Dyba, daß es gar keinen Papstbrief gegeben hätte, wenn sich alle deutschen Bischöfe so verhielten wie er.

Der Erfolg Dybas besteht darin, Kurie und Papst für ein entschiedenes Votum dafür mobilisiert zu haben, daß sich an der deutschen Regelung etwas ändern muß. Seine Niederlage will er offenbar nicht einsehen, und die besteht darin, daß Rom den Bischöfen jetzt zunächst einmal freie Hand läßt